

## UN-Konferenz berät über Klimawandel-Flüchtlinge

**Immer mehr Menschen werden weltweit durch die Folgen des Klimawandels zur Flucht aus ihren Heimatregionen gezwungen.**



Flutgebiet im Osten Indiens:  
Experten schätzen, dass im  
Jahr 2050 etwa 200 Millionen  
Menschen allein wegen  
Umweltproblemen auf der  
Flucht sein werden.  
(Archivbild)

Dieses noch wenig beachtete, aber brisante Thema solcher Umweltflüchtlinge mitsamt den sozialen und politischen Auswirkungen steht auf der Tagesordnung einer dreitägigen UN-Konferenz, die am Donnerstag in Bonn begann. Experten schätzen, dass im Jahr 2050 etwa 200 Millionen Menschen allein wegen Umweltproblemen auf der Flucht sein werden. Durch Klimawandel verursachte Migration könne zu einem großflächigen Phänomen werden.

Mehr als 400 Teilnehmer aus aller Welt - Wissenschaftler und Experten von Regierungen und Behörden - wollen eine Bestandsaufnahme der Umwelt-Migration vornehmen, Ursachen analysieren und über Handlungsmöglichkeiten für die Politik beraten. Ausrichter dieser ersten derartigen internationalen Konferenz ist das in Bonn ansässige Institut für Umwelt und menschliche Sicherheit der Universität der Vereinten Nationen. «Alle Anzeichen deuten daraufhin, das wir vor einer neuen großen globalen Herausforderung stehen», sagte der Vizedirektor und

Konferenzpräsident Prof. Janos Bogardi.

Nach Angaben des UN-Flüchtlingshilfswerks sind aktuell weltweit 25 Millionen Menschen im eigenen Land auf der Flucht als Folge von Umweltkatastrophen. Der Klimawandel werde künftig ein entscheidender Faktor für Migration, erklärten Experten in Bonn. Steigende Meeresspiegel, Überschwemmungen und Hitzeperioden zerstörten Anbauflächen und Siedlungsräume. Natürliche Ressourcen wie Wasser und Böden würden knapper. Die daraus resultierenden Migrationsbewegungen beträfen die ganze Welt, und die gesamte globale Sicherheit könne dadurch gefährdet sein. Auch ökonomisch werde es eine andere Lage geben, denn die neuen Flüchtlinge seien keine jungen, arbeitssuchenden Migranten wie heute, sondern ärmere und ältere Menschen und mehr Frauen.

dpa, 09.10.2008

© 2008 Financial Times Deutschland, © Illustration: dpa